

# turbine

Mitteilungsblatt der DKP für VOITH-Beschäftigte

TURBINE Ausgabe Nr. 04

Oktober 2008

Jahrgang 37

## Jetzt sind „WIR“ dran!

### Arbeiter und Angestellte brauchen eine lohn- und gehaltspolitische Duftmarke

Zwei wichtige tarifpolitische Sorgenkinder sind in trockenen Tüchern. Die Altersteilzeit und bei VOITH ist der sog. ERA-Tarifvertrag, lange nach seinem Inkrafttreten, betrieblich umgesetzt. Der TURBINE-Redaktion ist bekannt, dass insbesondere bei den gewerblich Beschäftigten, den Arbeitern also, wegen der teilweise zu hohen sog. Lohn-Besitzstände, eine zu schlechte Beurteilung ihrer Arbeit und Qualifikation erfolgte. Ein Umstand, der für VOITH und seiner bekanntermaßen hohen und international anerkannten Qualität ein schlechtes Mitarbeiterzeugnis ausstellt.

#### Trotz alledem

Lohn-Besitzstände sind deprimierende Zustände. Sie tragen die Eigenschaft in sich, dass die Betroffenen „lieben Mitarbeiter“ bei tariflichen Lohnerhöhungen nichts im Geldbeutel haben. Die allgemeine

Preissteigerungsrate, aber insbesondere die Preisentwicklung für spezifische Waren der Arbeitnehmerhaushalte, die höher liegen, können nicht aufgefangen werden. Ihr Re-



allohn fällt doppelt so schnell ab, als bei denjenigen die an der tariflichen Lohn- Gehaltsentwicklung dabei sind.

Also. Es muss ein solidarischer Tarifkampf werden, um einen maximalen Lohn-, Gehaltzuschlag herauszukämpfen. Insbesondere die Angestellten sind gefordert, diese Scharte im gemeinsamen Einkommens-System für die Arbeiter auszuweiten. Jahrzehnte

lang war es doch umgekehrt.

#### Realeinkommen rauf - Kaufkraft stärken

Trotz Aufschwung sanken erstmalig in den vergangenen vier Jahren die Reallöhne pro Beschäftigten. Noch schlimmer erging es den Beziehern staatlicher Transfereinkommen. Die Rentner büßten infolge Rentenkürzungen und inflationärer Entwicklung in den vergangenen vier Jahren 8,3 Prozent an Kaufkraft ein, müssen also inzwischen auf eine ganze Monatsrente im Jahr verzichten. Arbeitslose und HartzIV-Empfänger haben real fast 7 Prozent weniger in der Tasche als vor vier Jahren. Während Kanzlerin Merkel Ende vergangenen Jahres fabulierte, "der Aufschwung kommt jetzt auch bei den kleinen Leuten an", erklärten in einer Allensbach-Umfrage lediglich 17 Prozent der Befragten, dass sie "vom Aufschwung profitieren". Es ist die Minderheit von Reichen und Spitzenverdienern, die, nicht zuletzt wegen zusätzlicher Steuerprivilegien, noch mehr Geldvermögen scheffeln und höhere Gewinn- und Zinseinkommen realisieren konnte.

(Fortsetzung auf Seite 3)

## Klärungsbedarf liegt bei der VOITH AG

Nachdem die VOITH AG den Bau ihres „Haed Office“ aus Finanzierungsgründen zurückgestellt hat lässt diese Entscheidung Spekulationen hinsichtlich des bereinigten Ploucquet-Areal zu.

### Bauinvestitionen bekannt machen

Von dem Heidenheimer Maschinenbau-Monopolist, mit seiner gewaltigen kommunaler Einflussnahme, können wir erwarten, dass er im Interesse der Stadtplanung seine beabsichtigten Bauinvestitionen in Heidenheim der Öffentlichkeit bekannt gibt.

### Der „Flurfunk“ pfeift

Die rund zwei Generationen alten sozialen Einrichtungen bei VOITH, das Speisehaus und das Gesundheitshaus,

sowie die VOITH Berufsbildungsstätte Haintal, sind sanierungsbedürftig. Für VOITH ist es legitim zu prüfen, ob für ihn ein Neubau, eine Sanierung oder die Stilllegung dieser sozialen Immobilien in Frage kommt.

Anders wie bei den techn. Produktionsmittel, die über den gleichen Zeitraum modernisiert und den neuesten Produktionserkenntnissen angepasst wurden, sind die Einrichtungen zur Pflege der Ware Arbeit, dramatisch vernachlässigt worden.

### VOITH ist am Zug

Mit dem von der DKP erarbeiteten Gestaltungsvorschlag Ploucquet-Areal, das in städtischem Besitz ist, muss geklärt werden, welche Interessen bei VOITH vorherrschen, dieses



Die Stadträte der DKP Heidenheim Wilhelm Benz u. Reinhard Püschel

Gelände für eigene Investitionen zu nutzen.

### Planungsklarheit

Es geht um Planungsklarheit. OB Ilg, VOITH und Kreissparkasse sind gemeinsam gehalten, nachdem der Bebauungsplan größer ist als das Ploucquet-Areal, der Öffentlichkeit reinen Wein über dieses städtebauliche Filetstück einzuschenken.



## Eine Tochter schlägt zu!

Die 100 Prozent-Tochter der Stadt Heidenheim, die Stadtwerke AG, bekommt den Hals nicht voll. Der Gaspreis steigt ab 01.10.2008 um rund 15 Prozent. Stadtverwaltung, OB Ilg und die Gemeinderatsmehrheit verweigern der Öffentlichkeit beharrlich, die Geschäfts-Verantwortlichen ihrer Tochter Stadtwerke AG anzuweisen, die Preiskalkulationen bei Strom, Gas, und Wasser der Öffentlichkeit offen zu legen. Rund 8 Mio. Euro Gewinn in 2007 reichen der „nimmersatten“ Alleinaktionärin Stadt HDH nicht aus. Die im Bau befindliche 7 Mio. Euro teure Tiefgarage beim Luxus-Schloß-Hotel und die Parkierung lassen die Frage stellen: Ist es angemessen und gerecht, dass die Bürger durch Heizen und Kochen städtische Infrastruktur mitfinanzieren.



### Mieterhöhungen

## Gagfah zockt ihre Mieter im großen Umfang ab DKP: Die Befürworter des Aktien-Deals sollen die Zeche zahlen!

„Was kümmert mich mein Geschwätz von gestern?“ Nach diesem Motto handeln die Befürworter des Aktien-Deals aus dem Jahr 2006. Trotz Warnungen behaupteten damals, wider besseren Wissens, die Heidenheimer Gemeinderatsmitglieder der CDU und Freien Wähler, sowie der Oberbürgermeister Bernhard Ilg, dass sich für die Mieter nichts ändern würde. Man versprach sogar einen „über gesetzliche Normen hinausgehenden Mieterschutz“. Das alles regelte eine „Sozialcharta“, so der Oberbürgermeister Bernhard Ilg. Nichts von alledem hat sich bewahrheitet. Dazu kommt, dass die Heidenheimer Mieter so gut wie keinen Ansprechpartner in Heidenheim mehr haben. Die Telefonnummer bei der Gagfah endet meistens in einer Warteschleife.

### Unzählbare Gier nach Profit

Vor wenigen Tagen mussten die Mieter ein weiteres Mal schmerzlich erfahren, wie genau es die Gagfah mit dem Mieterschutz hält. Vorerst bekamen über 50 Mieter eine Mietnachforderung ins Haus geschickt. Weitere Erhöhungsschreiben sind angekündigt. Je nach Größe der Wohnung verlangt die Gagfah eine Nachzahlung bis zu 900 Euro. Zusätzlich zu dieser Nachzahlung wird die Nettomiete erhöht.

Mietern, die diese drastische Mieterhöhung nicht akzeptieren wollten, drohte die Gagfah mit dem Rauschmiss aus der Wohnung. Heute, beinahe zwei Jahre nach dem „geheimen“ Aktienverkauf ist von der Sozialcharta nichts übrig geblieben. Klar, denn ein Immobilienkonzern wie die Gagfah lebt vom Immobiliengeschäft. Die unzählbare Gier nach

Profit lässt alle soziale Schranken fallen.

Die politisch Verantwortlichen für diese Mietpolitik sind bei der CDU und den Freien Wählern zu suchen. Sie haben den geheimen Aktien-Deal eingefädelt und ihn bis zum Schluss verteidigt. Mit ihren Argumenten haben sie auch den Bürgerentscheid zu Fall gebracht. Sie sind es, die jetzt für die finanzielle Situation der Mieter aufkommen müssten.

### Mieter müssen sich gemeinsam wehren!

Starker politischer Druck könnte Signalwirkung geben. Mieterversammlungen, auch vor dem Rathaus oder dem CDU-Büro sind solche Signale. Die DKP und ihre beiden Stadträte stehen solidarisch auf der Seite der Mieter und Mieterinnen.



**Der von der  
DKP Heidenheim  
erarbeitete  
Vorschlag zu  
Gestaltung des  
Ploucquet-Areals  
kann von den  
Mitgliedern, oder  
an Infoständen der  
DKP  
erhalten werden.**



# Betriebs- u. Gewerkschaftsspiegel

(Fortsetzung von Seite 1)

Mittlerweile wird fast die Hälfte der deutschen Wirtschaftsleistung (2007: 47 Prozent) exportiert - 2003 waren es erst 36 Prozent; d.h. das nachgefragte Bruttoinlandsprodukt hängt weitgehend davon ab, dass "die anderen kaufen sollen, was wir nicht kaufen können", wie Kurt Tucholsky den Export charakterisierte. Problematisch wird es, wenn die anderen auch nicht mehr kaufen können. Denn es fehlen hierzulande die binnenwirtschaftlichen Nachfrage- und Antriebskräfte, allen voran der private Konsum. Die privaten Konsumausgaben stagnierten in der gesamten Aufschwungsperiode, vor allem deshalb, weil die reale Nettolohnsumme in der gleichen Zeit um 2,3 Prozent gesunken ist, es also an Massenkaukraft fehlte. Der Grund ist im Umverteilungsprozess zu-

gunsten der Profite in den vergangenen Jahren zu suchen, der auch in der Aufschwungsphase mit unverminderter Geschwindigkeit an-



hielt. Seit dem Jahr 2000 stieg die Gewinnquote am Volkseinkommen um 7,6 Prozentpunkte (von 27,8 Prozent auf 35,4 in 2007); eine solch krasse Umverteilung zugunsten der Gewinn- und Vermögenseinkommen in so kurzer Zeit gab es noch nie. Diese Umverteilung bedeutet für die Bezieher von "Arbeitnehmerentgelt" inzwischen einen Verteilungsverlust von 138

Milliarden Euro pro Jahr (isw).

## Jetzt sind „WIR“ dran

Gewaltige Gewinnrücklagen seien aufgebaut worden so der erste Mann der IG Metall HDH. „Dieses Geld fehlt den Menschen“. Angesichts überdurchschnittlicher Einkommenserhöhungen bei den Managern werde die Tarifrunde zu einer Gerechtigkeitsrunde erklärt. Aber die IG Metall muss wissen, dass Tarifrunden mit Gerechtigkeit aber überhaupt nichts zu tun haben. Lohn- und Gehaltsfragen sind und bleiben Machtfragen. Es kommt darauf an, dass die Metaller hinter ihrer berechtigten Forderung von 8 Prozent stehen, dass sie der Unternehmerpropaganda nicht auf den Leim gehen, sich durch nichts beirren lassen, ihre Forderung im Auge behalten und nicht lange fackeln.

**Jetzt sind „WIR“ dran!**



„Entschuldigt Leute, ich sitze nur im Aufsichtsrat“.

## Kein Mitleid mit den Aktionären u. Managern



Bedanken wir uns bei der Bundesregierung. Sie hat uns mit Milliarden von Steuergeldern betrogen. Rund 10 Milliarden Euro hat sie unseren sozialen Bedürfnissen entzogen, um eine Bank vor der Pleite zu retten. Wahrhaftig eine soziale Gemeinschaftstat zum Nutzen von Banker, Immobilienspekulanten und Aktionären.

Wo bleibt aber die Gemeinschaftstat zur Sicherung der Renten, der Gesundheitsvorsorge, einer besseren Bildung. Wo bleibt die Gemeinschaftstat für eine Gerechtigkeitsrunde für bessere Lebensverhältnisse für HartzIV-Familien und ihrer Kinder.

Den Armen wird's immer mehr genommen, um den Reichen immer mehr zu geben.

Die IKB-Bank wurde durch das Zocken mit Bündeln schlechter US-Kredite an die

Wand gefahren. Jetzt soll die IKB-Bank an die texanische Beteiligungsgesellschaft, an die „Heuschrecke“ Lone Star verkauft werden, damit sie nicht ganz Pleite geht. Lone Star sucht den schnellen Gewinn und wird das Kundenwissen der IKB ausschachten. Schlechte Nachrichten für die überwiegend mittelständischen Kunden der IKB.

Fragen wir doch die Mitverantwortlichen oder die Insider, die wir hier in Heidenheim haben, das Mitglied im Aufsichtsrat der IKB, unseren Ehrenbürger Herrn Dr. Rogowski und das noch oder nicht mehr Mitglied im Beraterkreis der IKB, Herrn Dr. Kormann, wie Sie Ihre Verantwortung sehen, und welche Konsequenzen sie aus dieser Pleite ziehen wollen?

Aber lassen wir uns trotzdem nicht täuschen, eine noch so plausible Erklärung für die Heidenheimer Öffentlichkeit, wenn sie kommt, wird nicht glaubhaft wirken, im weitesten Sinne zahlen auch die Heidenheimer Bürgerinnen und Bürger, damit den Banken, ihren Aktionären und Profiteuren nichts genommen wird.

Ganz einfach gesagt:

Die Profite und Gewinne werden oder sind privatisiert, die Verluste dagegen werden vergesellschaftet.

**Warum nicht gleich Sozial is' muss. Aber richtig!**



**Die DKP - eine Partei der LINKEN in der BRD**

## Wer den Frieden will muss sich zum Kampf vereinen.....

.....Diese richtige Erkenntnis stammt aus dem Lied „Die Glocke von Buchenwald“. Einem Lied aus dem Nazi-KZ Buchenwald, das den Kampf gegen Faschismus und Krieg vereint. Am 20. September fanden in der BRD drei große Demonstrationen statt. In Köln verhinderten mehrere zehntausend Teilnehmer eine europaweit ausgeschriebene Veranstaltung von Rechtsradikalen, die von der Polizei, angesichts des tausendfachen Protestes von Demokraten aus vielen Schichten der Bevölkerung, verboten werden musste. Ein hoffnungsvolles Zeichen gegen den Neofaschismus in unserem Land und in Europa.

In Berlin und Stuttgart waren rund 11 Tausend Kriegsgegner von Parteien, Friedensinitiativen, Attac und christlichen Organisationen, deutsche und ausländische Friedensfreunde dabei, sich lautstark mit der Losung „Truppen raus aus Afghanistan“ gegen die Kriegspolitik der Bundesregierung auszusprechen.



Völlig unverständlich ist die Tatsache, dass der Deutsche Gewerkschaftsbund oder z.B. die IG Metall zu diesen Friedensmanifestationen nicht aufgerufen und nicht mobilisiert haben. Eine äußerst schwache Leistung, sind sie doch gemäß ihrer Beschlüsse zum Friedenskampf verpflichtet. Die Gewerkschaften, daran sollten sich immer erinnern, sind nur dann gesellschaftlich eingebunden und werden ihrer politischen Unabhängigkeit gerecht, wenn sie sich nicht nur als tarifpolitische Kraft, sondern auch als Kraft für Frieden und gegen Faschismus einbringen.



Liebe VOITHianerinnen und liebe VOITHianer, persönlich möchte ich mich einem Hilferuf aus der Sonneninsel Cuba anschließen. Weite Teile des Landes sind durch die Hurrikane Gustav und Ike gewaltig verwüstet worden. An dem Gebäude links, das 2002 zu einem Kinder-Reha-Zentrum in Cardenas, Provinz Matanzas, ausgebaut wurde, habe ich selbst mitgearbeitet. Es ist nicht direkt betroffen. Die cubanische Landwirtschaft, die aber die Versorgung der Bevölkerung zu gewährleisten hat, ist wegen der Schäden dazu nicht mehr in der Lage. Die Ernten aller landwirtschaftlicher Produkte sind den Hurrikans zum Opfer gefallen. Die Versorgung der Städte, insbesondere der landwirtschaftlichen Regionen, mit Elektrizität sind und



Beim Ausbau der Apotheke „Camilo Cienfuegos“ 2007 in Matanzas

werden noch lange gestört bleiben, zu den zerstörten Wohngebieten möchte ich nicht viel sagen. Ich möchte Euch/Sie bitten, mit einer finanziellen Zuwendung zu helfen. Für eine Spende möchte ich mich im Voraus recht herzlich bedanken. Gerne bin ich auf Wunsch bereit, nähere Informationen über die Hurrikan-Schäden zu liefern.

**Das Spendenkonto: Postbank Köln Konto Nr. 253 525-502, BLZ 370 100 50  
Solidaritätsfond der DKP-Cuba-AG -Stichwort: Hurrikan-**

### »Nicht strafbar«

Nachdem ein Zeltlager der neonazistischen »Heimattreuen Deutschen Jugend« (HDJ) in Mecklenburg-Vorpommern wegen Jugendgefährdung geschlossen wurde, verstärkten sich erneut die Forderungen nach einem Verbot der Organisation. Nach Feststellung der Polizei wurden die Kinder und Jugendlichen im Zeltlager »mit nationalistischem Gedankengut regelrecht geschult«. Die zuständige Staatsanwaltschaft Rostock stellte jedoch die Ermittlungen ein, weil das Verwenden verfassungsfeindlicher Kennzeichen (wie Hakenkreuze auf Handtüchern) »im nichtöffentlichen Raum nicht strafbar« sei. Das Zeltlager habe sich auf Privatgelände befunden.

### Haftverschonung

Straflos blieben vor dem Landgericht Dresden zwei der fünf Angeklagten des nach SA-Vorbild benannten »Sturm 34«; einer erhielt Haftverschonung auf Bewährung. Verurteilt zu drei bzw. dreieinhalb Jahren Jugendhaft wurden zwei Angeklagte. Die Einstufung des Nazi-»Sturms« als »kriminelle Vereinigung« lehnte das Gericht ab.

Ebenfalls Haftverschonung auf Bewährung erhielten in Mainz und Leipzig vom jeweiligen Amtsgericht der Vize-Landesvorsitzende der hessischen NPD, Mario Matthes, und der Leipziger Neonazi-Anführer Istvan R.

**nonpd**  
NPD-Verbot jetzt!

### Wieder Aufmärsche

Erneut zugenommen hat die Zahl neofaschistischer Aufmärsche. Bundesweit waren es 30 im 2. Quartal 2008 gegenüber 25 im 1. Quartal laut Angaben der Bundesregierung, die auf eine Anfrage der Linksfraktion fußen. Im gleichen Zeitraum fanden nach Regierungsangaben 40 rechtsextreme Konzerte statt.

### Heiß-Ersatz-Demos

Nach dem Verbot der Heiß-Kundgebung in Wunsiedel versuchten Neonazis an mehreren anderen Orten Aufmärsche durchzuführen. Meistens wurden sie als Ersatzveranstaltung untersagt und aufgelöst. In anderen Fällen wie in Altenburg/Thüringen, wurden sie jedoch von der Polizei geduldet und stattdessen gegen Gegendemonstranten vorgegangen.

**Links. Mit Sicherheit.-DKP.**

Zeitungen und Flugblätter kosten Geld. Für Spenden bedankt sich die DKP-Heidenheim  
Spendenkonto: Kreissparkasse BLZ 632 500 30 Konto Nr. 413 903

V.i.S.d.P.  
DKP Heidenheim R. Püschel